



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, SW II 1, 11055 Berlin

Stadträte der
Fraktion WIP / LE / Die Linke
Neues Rathaus Raum N 136
Marktplatz 1
75175 Pforzheim

Anke Brummer-Kohler
Leiterin der Abteilung SW
Stadtentwicklung,
Wohnen,
öffentliches Baurecht

TEL +49 3018 305-6000

FAX +49 3018 305-6099

anke.brummer-kohler@bmub.bund.de

www.bmub.bund.de

Ihr Schreiben vom 09.03.2016

Berlin, 12.5. 2016

Sehr geehrte Herren Stadträte,

vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie sich über die Möglichkeiten für lokale Bündnisse für bezahlbares Wohnen und Bauen erkundigen. Frau Ministerin Dr. Barbara Hendricks hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen wurde von Ministerin Dr. Barbara Hendricks im Juli 2014 ins Leben gerufen. Im Rahmen des Bündnisses haben vier Arbeitsgruppen und eine Baukostensenkungskommission getagt, die ihre Arbeiten im Herbst 2015 abgeschlossen und die Ergebnisse vorgestellt haben. Die Ergebnisse sind im Internet unter <http://www.bmub.bund.de/buendnis-wohnen/> zugänglich. Den Kabinettsbericht zum Bündnis lege ich Ihnen zu Ihrer Information bei. Parallel zum bundesweiten „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ haben wir in einer begleitenden Forschungsstudie den Themenschwerpunkt „Lokale Bündnisse für bezahlbares Wohnen und Bauen in ausgewählten Handlungsfeldern“ untersucht. Hierfür wurden alle Städte mit über 50.000 Einwohnern angeschrieben. In 52 Städten in Deutschland existiert bereits ein Bündnis. In





Seite 2

Baden-Württemberg gibt es derzeit 9 Bündnisse für bezahlbares Wohnen in Kommunen (Baden-Baden, Esslingen, Karlsruhe, Konstanz, Freiburg, Heidelberg, Offenbach, Stuttgart, Villingen-Schwenningen). In den meisten Fällen hat die Fachebene der Verwaltung oder der/die (Ober-) Bürgermeister/in das Bündnis initiiert. Neben Verwaltung, Politik, Kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften sind auch private Wohnungsunternehmen, Haus und Grund, der Mieterverein sowie weitere Verbände, Vereine und Initiativen Mitglieder in den Bündnissen.

In Ihrem Schreiben weisen Sie auch auf die Frage der Gründung einer Wohnungsgenossenschaft bzw. Baugenossenschaft hin. Ob mit einer Genossenschaft eine bessere Finanzierung möglich ist, kann das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit nicht beantworten. Ich empfehle Ihnen, sich in diesem Zusammenhang an den zuständigen Prüfungsverband des Landes Baden-Württemberg zu wenden, u. U. kann hier der vbw Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. weiterhelfen. Für eine mögliche Förderung empfehle ich Ihnen auch, sich ergänzend an das Land Baden-Württemberg zu wenden. Die Wohnungsbauförderung wird in Baden-Württemberg im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau angesiedelt sein.

Ich hoffe, Ihre Fragen hiermit beantwortet zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Anke Brummer-Köhler